

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neuberger, Dresden  
Herausgeber: Hermann Neuberger, Dresden  
Redaktion: Carl Neuberger, Dresden  
Druck: Carl Neuberger, Dresden

Verleger: Carl Neuberger, Dresden  
Herausgeber: Hermann Neuberger, Dresden  
Redaktion: Carl Neuberger, Dresden  
Druck: Carl Neuberger, Dresden

Druck u. Verlag: Neuberger & Reichardt,  
Dresden, Postfach 112, 1088 Dresden  
Kontingenz: nur mit beidseitiger Genehmigung  
(Verord. Reich.) zulässig. Anzeigen  
gebühren werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Die Entscheidung weiter in der Schwebe

### Bemühungen um die Harzburger Front

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Nov. Wie bereits mitgeteilt, ist das Antwortschreiben des Staatssekretärs Weiskner auf die Nachfragen Hitlers heute nachmittags dem Führer der Nationalsozialistischen Partei zugeleitet worden.

Der Kern des Briefes ist in der Feststellung zu sehen, daß der Gedanke einer Präsidialregierung von vornherein die Möglichkeit ausschließt, daß sie von dem Führer einer politischen Partei gebildet werde.

Deshalb könne sich das Ersuchen des Reichspräsidenten an Herrn Hitler nur auf die Bildung einer Regierung auf parlamentarischer Grundlage beziehen. Die Verhinderung, wonach Staatssekretär Weiskner auch von der Möglichkeit einer tolerierenden Mehrheit gesprochen habe, ist unrichtig, dagegen geht sein Schreiben auch aufklärend auf die Parallele ein, die Adolf Hitler in seinem Brief zum Kabinett Brüning gezogen hatte.

Das Antwortschreiben Dr. Weiskners hat eine gewisse Entspannung gebracht. Die Nachfragen gelten als geklärt. Heftig liegt kein Drängen des Reichspräsidenten vor. Der Reichspräsident legt vielmehr Wert darauf, daß Hitler seinen Auftrag nach allen Möglichkeiten hin unterucht und ernstliche Versuche zur Bildung einer parlamentarischen Koalitionsregierung unternimmt. Was insbesondere die Nachfrage der NSDAP angeht, ob Hindenburg bereit sein würde, ein solches Koalitionsabkündnis zu schließen, eventuell sogar mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung, so verläutet, daß ja bei Brüning ein ähnlicher Fall vorliegen habe, wo ein Kabinett beibehalten wurde, das sich auf eine Mehrheit stützte, trotzdem aber die Hilfe des Reichspräsidenten nicht habe zu entschren brauchen.

Aus allem geht hervor, daß der Reichspräsident auch durch diesen neuen Schritt Wert darauf legt, zu demonstrieren, daß er absolut loyal den Auftrag an Hitler gegeben hat und den Auftrag auch ernstgenommen haben will.

Inzwischen haben Parteibesprechungen eingeleitet. Im Felde der Bemühungen um die Wiederherstellung der Harzburger Front sind bereits einige Ergebnisse zu verzeichnen. Der frühere Reichsstaatspräsident Dr. Schacht, der Hitler sehr nahesteht, hat Besprechungen mit Geheimrat Duganberg eingeleitet. Dieser hat Dr. Schacht gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er

bereits am Sonntag habe mitteilen lassen, er sehe Hitler jederzeit an einer Aussprache zur Verfügung. Dagegen hat der Herzog von Koburg-Wieth eine Vermittlerrolle zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelm übernommen. Dies wäre die eine Seite der neuen Bemühungen. Die Nationalsozialisten sind ferner an das Zentrum herangetreten. Welche Ergebnisse dabei erzielt worden sind, läßt sich nicht ersehen. Sehr froh ist allerdings die Bayerische Volkspartei, deren Vorsitzender Staatsrat Schäffer zu Verhandlungen in Berlin eingetroffen ist. Die Presse dieser Partei bringt starke Bedenken gegen Hitler zum Ausdruck.

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei schloß ihre Aussprache über die politische Lage, die sie heute führt, noch nicht ab. Man will dies vielmehr in einer neuen Sitzung tun, deren Zeitpunkt gegenwärtig noch nicht feststeht. Beschlüsse sind bisher nicht gefaßt worden.

Die Entscheidung Adolf Hitlers war, wie in der sechsten Abendstunde verlautete, für den Dienstag nicht mehr zu erwarten. Sie wird vielmehr frühestens am Mittwoch fallen. Hitler hat eine Kommission eingesetzt, die aus den nationalsozialistischen Unterführern Straßer, Fried und Gesebeck besteht. Sie soll eine Denkschrift ausarbeiten, die die Grundlage der morgigen Entscheidung bilden wird und dem Reichspräsidenten zur Kenntnis gebracht werden dürfte. Vahit Hitler morgen dem Reichspräsidenten mitteilen, daß er den Auftrag annimmt, dann müßte er zunächst mit den Führern der in Frage kommenden Parteien Fühlung nehmen. Nimmt Hitler den Auftrag nicht an, so dürfte der Reichspräsident dann den Zentrumsführer Raas eruchen, die Bemühungen um eine parlamentarische Koalitionsregierung fortzusetzen. Stimmungsmäßig verläutet,

daß Hitler doch noch den Versuch machen will, eine Koalitionsregierung zustande zu bringen.

doch scheint es mühsam, sich in den Dienstagabendstunden im Umlauf waren. Im Kaiserhof, dem Hauptquartier Hitlers, war es im Gegensatz zu allen vorangehenden Tagen vollkommen still. Während bisher Tag und Nacht Verhandlungen und Besprechungen liefen, hörte sich Adolf Hitler am Dienstagabend eine Wagneroper an. Er suchte offenbar eine gewisse Entspannung, um am Mittwochvormittag sein Ja oder Nein sprechen zu können.

### Fortschritte der nationalen Einigung

Die Regierungskrise im Reich hat im Augenblick noch zu keiner Klärung geführt, aber es sind doch in den ersten Verhandlungstagen Fortschritte auf dem Weg zur nationalen Einigung erzielt worden, die festgehalten werden müssen. Das zuverlässigste Barometer für den Stimmungsumschwung haben wir in der gedämpften Begleitmusik der Tagespresse zu den Vorgängen zwischen dem Reichspräsidentenpalast und dem nationalsozialistischen Hauptquartier. Solange Papen noch Führer der Präsidialregierung war, führte sich die ganze Meute vom „Vorwärts“ über „Messe bis zu „Mitteln auf die „Barone“, in der sicheren Erwartung, die als politisches Axiom galt, daß Hindenburg von Hitler als Kanzler nichts wissen wolle, und daß, solange diese Luft bestünde, die nationale Konzentration der Wunschtraum einiger Utopisten bleibe. Seit der Erteilung eines begrenzten Auftrages an Hitler herrscht Bestärkung in diesen Kreisen. Ihre Beschuldigungen richten sich nicht mehr an Hindenburg, der durch die Wendigkeit seiner Führung wieder einmal alle politischen Glaubenssätze der Linken enttäuscht hat, sondern an die Parteien, und zwar an das Zentrum und an die Deutschnationalen, denen mit entgegengelegten Gründen bewiesen wird, warum sie das Experiment mit Hitler nicht mitmachen dürfen. Alle Wünsche und Hoffnungen dieser Seite sind zusammengefaßt in einer Feststellung des sozialdemokratischen Zentralorgans, wonach „aller Wahrscheinlichkeit nach in zwei Wochen ein Beauftragter des Reichspräsidenten vor dem Reichstag stehen wird, der von seiner Mehrheit gestützt wird“, was die Fortsetzung der Staatskrise bis zu einem ungewissen Ausgange bedeute. Damit ist in ein paar Worten gesagt, wie die Lösung im gemeinsamen nationalen Interesse nicht aussehen darf und was mit allen Kräften verhindert werden muß. Was der Marxismus von einer ersten nationalen Konzentration fürchtet, das ist seine endgültige Entmachtung ohne Hoffnung auf Wiederkehr, was er mit ihrem Mißerfolg wünscht, das ist der fortgesetzte Kampf aller gegen alle, an dessen Ende er über die nationale Uneinigkeit triumphieren zu können glaubt. Damit sollte allen an der Lösung der Krise beteiligten Faktoren, besonders den nationalen Parteien, die nun zu Wort kommen, die Richtschnur ihres Handelns vorgezeichnet sein.

Es lohnt sich jetzt im Drehpunkt der Krise nicht, alle Möglichkeiten der weiteren Entwicklung abzuwägen und die Menge der umherschwirrenden Gerüchte zusammenzubrauen. Aber man kann doch aus dem Gang der Dinge seit Papens Rücktritt und Hindenburgs Eingreifen einige leitende Gesichtspunkte herausgreifen, die über die Wandelbarkeit aller Kombinationen hinaus gültig bleiben. Als Hauptfrage vor allem die Tatsache, daß sich der 18. August politisch nicht wiederholt hat. Das ist für die Verwirklichung der nationalen Einigung in irgendeiner Regierungsform wesentlich. Dieser Fortschritt ist dem Verständnis der beiden maßgebenden Faktoren für die Notwendigkeiten der Lage zu verdanken. Auf der einen Seite hat der Reichspräsident von seiner ursprünglichen Ablehnung Hitlers um der Person willen eine Brücke auf den Boden der Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Führer geschlagen und damit seinen guten Willen bewiesen, mit der nationalsozialistischen Bewegung Frieden zu schließen. Auf der anderen Seite hat Hitler seine Forderungen für die Einhaltung dieser Bewegung in die Verantwortung nicht mehr in die schroffe, unabhängige Form gekleidet wie früher, und mit solcher Mäßigung seine Bereitwilligkeit gezeigt, in die dargebotene Hand einzufassen. Dieser Anfang mit der Beseitigung von gegenseitigen Verhimmungen und Mißverständnissen bleibt von Wert und sollte, richtig ausgenutzt, auch dann noch zu einer Lösung im Sinne der nationalen Konzentration führen, wenn die Kanzlerschaft Hitlers selbst scheitern würde. Die Schwierigkeit lag bisher darin, daß Hitlers Meinung, der Einfluß seiner Bewegung sei nur unter einem gleichzeitigen Einfluß seiner persönlichen Autorität möglich, im Reichspräsidentenpalast nicht geteilt wurde. Nach der Genehmigung, die Hitler nun mit der Erteilung eines Auftrages

## Der Standpunkt der Parteien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Nov. Angesichts der nach außen hin völlig verworrenen Lage hinsichtlich der Kabinettsbildung, scheint es am Platze, das Grundfähliche der Fronten objektiv zu schildern: Vom Reichspräsidenten aus gesehen, steht die Lage so: Hindenburg will die Möglichkeiten eines verfassungsmäßigen Regimes ausschöpfen. Unter diesem Gesichtswinkel wird zunächst die parlamentarische Lösung in den Vordergrund. Scheitert sie, dann tritt die präsidiale Lösung in den Vordergrund. Befürworter einer präsidialen Lösung ist aber, daß der Reichspräsident nur einen Mann seines persönlichen Vertrauens zum Kanzler ernennen kann. Außerdem will Hindenburg seinen Parteiführer zum Kanzler eines Präsidialkabinetts, also seines persönlichen Vertrauens, berufen. Hier liegt offenbar die Schwierigkeit zwischen Hitler und ihm.

Von Hitler aus stellt sich die Lage so dar: Eine parlamentarische Lösung liegt dem Nationalsozialismus im Grunde nicht. Der parlamentarische Auftrag ist Hitler deshalb unbequem, weil er dann einen parteipolitischen Ausgleich in persönlichen und sachlichen Fragen mit den Koalitionsgenossen suchen müßte, ein Ausgleich, der selbstverständlich sein Programm beeinflussen würde. Infolgedessen ist es Hitlers Bestreben, präsidialer Reichskanzler zu werden. Hier aber steht die bereits genannte Schwierigkeit seiner Eigenschaft als Parteiführer wieder im Wege. Die Frage ist für den Nationalsozialismus als Partei, ob er ein weiteres Verbleiben in der Opposition vertritt oder nicht. Das dürfte für Hitlers Erwägungen wesentlich mitprechen.

Eine Präsidiallösung mit Einschluß der Nationalsozialisten scheint nach Lage der Dinge aber nur dann Aussicht auf Erfolg zu haben, wenn Hitler seinen Kanzleranspruch zugunsten eines Parteifreundes, auf den er bauen könnte, etwa zugunsten Straßers, aufgibt.

Die Deutschnationalen wünschen unter allen Umständen eine präsidiale Lösung. Sie sehen das Zentrum als das Uebel an, dessen Einfluß und Mitwirkung ausgeschlossen werden müßte. Aus diesem Grunde ist Duganberg schon immer bestrebt gewesen, die Parole von Harzburg aufrechtzuerhalten, und deshalb wird seit den letzten 24 Stunden so lebhaft an der Wiederherstellung

der Harzburger Front als Basis einer Präsidialregierung gearbeitet, deren Kanzler an sich wohl ein Nationalsozialist sein könnte.

Die Deutsche Volkspartei hat verschiedene Möglichkeiten. Bei einem parlamentarischen Koalitionsversuch, an dem sich die Deutschnationalen nicht beteiligen, geben ihre 60 Stimmen den zahlenmäßigen Ausschlag. Freilich bliebe dabei die Frage offen, ob Hindenburg eine 60 bis 65-Stimmenmehrheit als tragbare parlamentarische Basis ansehen würde. Die Präsidiallösung mit Einschluß der NSDAP würde der Volkspartei aber das liebste sein, obwohl dann ihr Einfluß wahrscheinlich gering sein würde.

Den durch die Volkspartei vertretenen Teilen der Wirtschaft kommt es in erster Linie darauf an, daß kein Ergebnis gegen die Nationalsozialisten ausstandekomme, weil die Wirtschaft Ruhe und stabile Ablösungen verlangt.

Das Zentrum will unter allen Umständen die parlamentarische Lösung und verliert, das Wiederankommen der Harzburger Front mit allen Mitteln zu verhindern. Ihm kommt es darauf an, dabei zu sein und Einfluß zu behalten. Das Zentrum ist wie stets der Überzeugung, daß in Deutschland ohne Zentrum niemals regiert werden könne. Im Grunde ist es aber heute einflusslos im Schmelzwinkel, und nur eine parlamentarische Lösung würde ihm wieder auf die Beine helfen.

### Warmbold zieht sich aus der Politik zurück?

Berlin, 22. Nov. Wie der „Völkische Beobachter“ erzählt, hat die Philosophische Fakultät der Universität Halle nach vorheriger Fühlungnahme beschlossen, dem gegenwärtigen geschäftsführenden Reichsminister Prof. Dr. phil. Dr. e. h. Hermann Warmbold einen Lehrstuhl an der Universität anzubieten. Da Beauftragte der Universität gegenwärtig in Berlin mit Prof. Warmbold über die näheren Einzelheiten verhandeln, scheint es wahrscheinlich, daß er sich endgültig aus dem politischen Leben zurückziehen wolle, um sich wieder seiner früheren wissenschaftlichen Tätigkeit zu widmen.

Heute:  
**Literarische Umschau**  
Seite 9 und 10